

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Junner
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rübelsstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Beizeiten wappnen!

Alle politischen und wirtschaftlichen Zeichen stimmen darin überein, daß die letzte Station des Leidenswegs unseres Volkes noch nicht in Sicht ist. Die innerdeutsche Luft ist zu undurchsichtig, zu schwül, als daß sie leichtere Tage verspräche, und die schwarzen Wolken am außenpolitischen Himmel lassen Frost, Hagelschlag, Platzregen, aber beileibe keinen Sonnenschein erwarten. Gestatten uns die Sieger, wie angekündigt wird, Zahlungsverleichterungen und Aufbau unserer Staatsfinanzen, so läuft das auf die Festigung und Besserung des Marktes hinaus, was sehr wahrscheinlich in der wirtschaftlichen Wirklichkeit zu nächst Drosselung der Warenausfuhr, Geschäftslauheit und Arbeitslosigkeit bedeutet. Belieben aber die Sieger uns weiterhin so rücksichtslos und vernunftwidrig wie bisher zu behandeln, so wird das weiteres Sinken der Mark und andererseits weitere Preissteigerung mit immerwährenden Lohnbewegungen heißen, Lohnbewegungen, die auch im günstigsten Falle nicht das einbringen, was Teuerung und Wucher vorher schon aus der Lohnliste der Arbeiter gezogen haben. In dem einen Fall also wirtschaftliche Regentage, wo die Arbeiterschaft Wind und Wetter im Gesicht hat, steigende Arbeitslosigkeit, die vom Unternehmertum ohne allen Zweifel zur Verschlechterung der Verdiensthöhe und der Arbeitszeit ausgenutzt werden wird. In dem andern Fall also landweite Kämpfe, um das Einkommen einigermaßen im Einklang mit der Teuerung zu halten. In dem einen wie im andern Falle wird die Arbeiterschaft die Probe nur zu bestehen vermögen, wenn sie sich beizeiten für die Fähnrisse wappnet.

Den kommenden Dingen in fröhlicher Unbekümmertheit entgegenzugehen, hieße sich dem Teufel überlassen. Auch wer sich selbst ernstlich auf die drohenden Möglichkeiten vorbereitet, kann eines Tages noch entdecken, daß er es doch noch nicht gründlich genug getan. Diese bittere Erfahrung müßten und müssen jetzt so ziemlich alle unsere ausländischen Klassen-genossen machen. Von den sehr wechselvollen Kämpfen der Gewerkschaften in Amerika, Finnland, Frankreich, Belgien, Holland gegen den Lohnabbau und für die Erhaltung des Achtstundentages soll heute hier nicht gesprochen werden. Immerhin sei an das englische Beispiel erinnert, weil es ahnen läßt, wieviel Unheil durch zeitige Wappnung verhütet werden kann.

Die englische Gewerkschaftsbewegung, die finanziell am wohlgegründetsten galt, macht jetzt die trübsten Stunden ihrer neueren Geschichte durch. Sie wird zwar die schweren Möglichkeiten meistern, doch darf man nicht nach den Kosten, den Opfern fragen. Im Jahre 1914 mußten sie vier Millionen Mitglieder, die bis zum Jahresende 1920 auf 8 1/2 Millionen anwachsen. Der günstige Zuwachs hieß getrost in die Zukunft schauen. Mit einer solch beispiellos starken Masse hielt man sich jeder Möglichkeit gewachsen, zumal ja die Regierung durch Lloyd George wiederholt versprochen hatte, England zu einem angenehmen Aufenthalt für die Kriegshelden zu machen und jedem Arbeiter ein menschenwürdiges Auskommen zu sichern — wenn erst das Vaterland außer Gefahr, der Krieg siegreich beendet sei. Darob hat es viel Freude und Kriegsbegeisterung in tradesunionistischen Tempeln gegeben. Ob es der „kleine waliser Demagoge“ ehrlich mit seinem Versprechen meinte, steht dahin. Gemug für ihn, daß dank der Unterstützung der Arbeiterschaft der Krieg gewonnen wurde. Von dem angenehmen Heim für die Helden aber und dem auskömmlichen Verdienst ist noch nichts zu sehen, von dem blanken Gegenteil umsomehr. Wie rücksichtslos und allgemein seit Monaten die Löhne gekürzt und die gewerkschaftlichen Rechte beschnitten werden, ist zur Genüge bekannt. Und die Regierung mit dem heilig versprechenden Lloyd George an der Spitze hilft fleißig dabei. Die vertrauensselige Arbeiterschaft, um eine herbe Enttäuschung reicher, steht wieder allein mit ihrer Not.

Nun möchte man verneinen, die englischen Gewerkschaften seien dank ihrer viel größeren Zahl Manns genug, sich der Angriffe des Unternehmertums zu erwehren. Das wären sie schließlich auch, wenn sie sich zeitig finanziell gewappnet, wenn sie, als sich die Mitgliederlisten füllten, die Fälligkeit der Kasse nicht vernachlässigt hätten. Die zahlunfähige Kraft hatte prächtig zugenommen, aber nicht die Finanzkraft. So mangelten die Mittel, die zahlreichere Anhängerschaft, als die wirtschaftlichen Regent- und Kampftage anbrachen, unterstützen zu können. Die neuen Scharen brachten wohl mehr Beiträge, erhöhten so den Kassenbestand, brachten aber auch erhöhten Anspruch auf Unterstützungen, der nach Ablauf der statutarischen Wartezeit befriedigt werden mußte. Die Befriedigung der Ansprüche wäre schon in wirtschaftlich gewöhnlichen Zeiten nur mit Ach und Krach möglich gewesen, von Krisenzeiten ganz zu schweigen. Als die Krise anhub, mußte für eine verhältnismäßig viel größere Menge Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Allein in dem Jahr, das mit September 1921 endet, zahlten die 154 reichstehenden Gewerkschaften 7 1/2 Millionen Pfund an Arbeitslosenunterstützung, während sie dafür 1913 nur 493000 Pfund, selbst in dem schlimmsten Jahre 1908 nur

etwas über eine Million Pfund verausgabten. Am ärgsten wurden die Gewerkschaften von der Krise, von der Arbeitslosenunterstützung heimgesucht, die den stärksten Mitgliederzuwachs zu verzeichnen gehabt hatten. Noch mehr. Mit der Geschäftslauheit wuchs die Angriffsflut der Unternehmer. Der Linie des schwächsten Widerstandes folgend, wurden sie dort am heftigsten, wo sie die geringste Widerstandskraft, das ist die schwächste Unterstützungskasse wußten oder annehmen konnten, daß sie am schnellsten zu leeren sei. Das waren wiederum die Gewerkschaften mit der zahlreichsten Mitgliedschaft, in diesem Fall die Bergleute, Zergitarbeiter und das Maschinengewerbe.

So wurde die Geldkette von zwei Seiten her abgebrannt, durch die Arbeitslosigkeit und durch den Zwang, Kämpfe zu führen. Und dies, wie gesagt, in erster Linie bei den Organisationen mit den meisten Mitgliedern. Von zwei Seiten geleert, muß die Kasse schnell erschöpft sein. Ein größerer Kampf konnte nicht mehr gewagt werden. Das merkten bald die Unternehmer; sie wurden am heftigsten mit der Mitgliedschaft, deren finanzielle Rückendeckung schwach war. Immer namhaftere Lohnkürzungen wurden kurzerhand am Fabrikator angeschlagen. Das blieb aber auch auf viele der neuen Mitglieder nicht ohne Wirkung. In ihrer Ungeheuerlichkeit, Kurzsichtigkeit, Verblendung wußten sie, nachdem sie die Gewerkschaftskasse über Gebühr gemardert hatten, nichts besseres zu tun, als der Organisation wieder den Rücken zu kehren. Was sollten sie noch da, wo es nichts mehr zu holen, zu erringen gab?

Die Opfer, die sie jetzt freiwillig nicht bringen wollen, werden sie aber hundertfach größer bald unfreiwillig zu bringen haben. Denn sie lassen die weiterdenkenden opferwilligeren Kollegen zwischen dem Teufel und dem tiefen See, zwischen einem rücksichtslosen Unternehmertum und einer leeren Kasse zurück, die mit ihrer geringeren Zahl natürlich außerstande sind, Lohnhöhe und gewerkschaftliche Rechte zu halten.

Die englischen Gewerkschaften zahlen das Lehrgeld auch für uns. Ihre bittere Erfahrung wird auch für die deutschen Metallarbeiter gemacht. Auch die Mitglieder unseres, des größten Verbandes haben aus dem englischen Beispiel die Lehre zu ziehen, daß je mehr eine Gewerkschaft an Zahl zunimmt, um so viel mehr muß sie an Finanzkraft zunehmen und daß je zahlreicher eine Gewerkschaft ist, desto schwerer ist sie den Unbilden der Krise, das ist der Arbeitslosigkeit und dem Zwang zu Abwehrkämpfen ausgesetzt, weil ihre Kasse dank der größeren Mitgliederzahl unverhältnismäßig stärker in Anspruch genommen wird.

Die Lehre aus dieser Erfahrung hat der Vorstand unseres Verbandes gezogen. Er steht auf einer höheren Warte als Reich und Glied, kann folgedessen weiter den vor uns liegenden Weg mit seinen Gefahren schauen. Er verfügt über eingehenderen umfassenderen Bericht über die wirtschaftlichen Wechselwirkungen, kann demzufolge leichter das notwendig werdende beurteilen. Und er hat auch die Pflicht, den Mitgliedern das vorzuschlagen, was er auf Grund seines weiteren Blickes und gründlicheren Wissens für unerlässlich hält. Was er mindestens geboten hält, um den kommenden Ereignissen einigermaßen entgegensehen zu können, haben die Mitglieder aus der letzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung erfahren: Der Vorstand hält es mit dem erweiterten Beirat unter andern für unerlässlich, daß vom 1. Februar an die Streikunterstützung von 90 auf 150 Mk. erhöht wird, um die Kampfeslust der Kollegen lebendig zu halten; daß die Bezüge der kranken und arbeitslosen Mitglieder entsprechend aufgebessert werden, um ihnen einen Ausgleich für die höheren Leistungen zu sichern. Besonders aber halten es Vorstand und erweiterter Beirat für dringlich, daß der Beitrag (in der 1. Klasse mit 7 Mk. usw.) so erhöht wird, daß für die wirtschaftlichen Regent- und Kampftage eine einigermaßen genügende finanzielle Rückendeckung vorhanden ist.

Das englische Beispiel ist Warnung und Ansporn zugleich. Es warnt, die für finanzielle Hülfung geeignete Zeit unbenutzt verstreichen zu lassen. Es spornt an, sich die Nähe des Wappnens nicht verbrießen zu lassen, da sie hundertfach größere Nähe und Opfer erspart. Dies haben die englischen Gewerkschaften leider nicht genügend beherzigt. Sie haben, als die neuen Scharen getriebsfröhlich, nicht an die Stärkung der Finanzkraft gedacht, und nun strömen viele von den neuen Mitgliedern wieder davon, weil ihnen die ungestärkte Kasse nicht Schutz noch Schirm zu geben vermag. Und das Unternehmertum kürzt rücksichtslos die Löhne und Rechte, weil es weiß, daß eine gewerkschaftliche Kämpferschar, und sei sie noch so mutig, ohne Geld, ohne Brot Widerstand nicht wagen kann, nicht wagen wird.

Die trübe englische Erfahrung will der Vorstand unseren Kollegen ersparen. Darum schlägt er die Erhöhung der Unterstützungen und Beiträge vor. Damit hat er nichts als seine Pflicht getan. Wägen nun die Mitglieder auch die übrige tun.

Recht und Macht in der Betriebsdemokratie

Die Betriebsdemokratie, das heißt das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Arbeitsprozeß, bedeutet eine grundlegende Umgestaltung des Verhältnisses zwischen dem Besitzer der Arbeitskraft und dem Besitzer der Produktionsmittel. Früher war der Kapitalist Alleinherrscher in seinem Betriebe, der Arbeiter hatte sich seinem Willen wortlos zu fügen. Wer dies nicht tat, flog hinaus. Heute ist diese Autokratie rechtlich gebrochen, sie ist durch die Demokratie, die in dem Betriebsrat verkörpert ist, ersetzt worden. Dieser Umsturz, der den Arbeitsvertrag auf eine neue Grundlage gestellt hat, ist von weittragender Bedeutung. Sie ist der Anfang und Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung. Allerdings steckt dieses neue Recht noch größtenteils in der Theorie, steht noch vielfach auf dem Papier, muß erst in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Hier stoßen wir auf eine große aktuelle Aufgabe der Gewerkschaften, die aber nur schrittweise gelöst werden kann. Es gilt, die kapitalistische Autokratie Schritt für Schritt zurückzudrängen und ihr jeden Fußbreit ihrer Macht zu entreißen, da wir — leider! — noch nicht imstande sind, den Kapitalismus einfach über den Haufen zu rennen und ins alte Eisen zu werfen.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß jede Rechtsordnung auf einer Macht beruht, daß jedes Recht eines Menschen oder einer Gruppe in der Luft schwebt, solange es nicht gegründet ist auf entsprechende Macht. Diese Tatsache nicht erkannt zu haben, ist das Verhängnis der Vertreter einer formalen Demokratie, die da meinen, es genüge, ein neues Recht zu schaffen, ohne zugleich für eine neue Machtbasis zu sorgen. Aus diesem mangelnden Verständnis für das Wesen des Rechts erklärt sich der Mißerfolg der bürgerlichen Demokraten; es erklärt sich daraus auch das wegwerfende Urteil zahlreicher Proletarier über die im Betriebsrätegesetz angebahnte Demokratisierung unseres Wirtschaftslebens. Die Verächter der Demokratie verkennen, daß ein Recht nur durch die Macht zu einem wirklichen Rechte wird, daß die Paragrafen eines Gesetzes erst mit Fleisch und Blut erfüllt und dadurch lebendig gemacht werden müssen, sie schütten das Kind mit dem Bade aus und pfeifen auf die Rechte, die sie Scheinrechte nennen, anstatt daß sie sich bemühen, die Macht zu erkämpfen, die zur Verwirklichung des Rechts nötig ist. Diese Abstimmungs- und Ablehnungsartikel des „Alles oder Nichts!“ lähmt die Kraft einer um ein neues Recht ringenden Klasse und stärkt die Macht der Kuznießer und Verteidiger der alten Rechtsordnung, weshalb sie gar nicht scharf genug bekämpft werden kann. Sie muß aus den Köpfen der Proletarier verschwinden, wenn wir weiter kommen wollen.

Die Nichtigkeit unserer Ausführungen wird unwiderleglich bewiesen durch die bisherige Entwicklung der Betriebsdemokratie in Deutschland. Durch das Betriebsrätegesetz werden dem Arbeitnehmer allerlei Rechte zugesprochen, aber da das alte kapitalistische Machtverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen blieb, schwebten diese Rechte einsmielen noch in der Luft. Diese Tatsache zeigt sich von Tag zu Tag deutlicher. Anfangs waren die Kapitalisten und ihre Vertreter unter der Einwirkung der Novemberrevolution noch eingeschüchtert und deshalb zu Zugeständnissen bereit, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb“ erkannten sie das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben an. Inzwischen hat sich das Gewitter verzogen und nun schwillt der Autokrat wieder der Ramm. Sie sind bewußt, die alte Theorie, daß sie die Herren im Hause sind, wieder in die Praxis umzusetzen, indem sie entweder durch allerlei Winkelzüge die Befugnisse der Betriebsräte zu beschränken und das Gesetz zu einer Kulisse zu machen suchen, hinter der sich ihre Autokratie verbrüht oder sie gehen auf das Ganze und kehren in rücksichtslosster Weise wieder den Herrenstandpunkt heraus. Daher die ununterbrochenen Kämpfe zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung, die mit wechselndem Erfolge geführt werden, die uns den Beweis erbringen, wie sehr die Kapitalisten die Bedeutung der Betriebsdemokratie erkannt haben. Der Kapitalismus merkt, daß es ihm an den Krügen geht, er wittert die ihm drohende Gefahr, weil er weiß, daß jedes neue Recht die Tendenz in sich trägt, sich auszudehnen, zu erweitern und zu befestigen, daß es immer neue Rechte nach sich zieht. Nach dem alten Sage: „Principia obsta — gleich anfangs leiste Widerstand!“ sträubt er sich mit Händen und Füßen gegen das neue Recht. Er weiß, daß das Proletariat die ganze Hand nimmt, wenn man ihm den Kleinen Finger reicht und darum verteidigt er mit Hörnern und Klauen seine Hütabelle. Das sollte auch jenen Proletariern zu denken geben, die das Betriebsrätegesetz für einen Wappfädel erklären, den man dem Proletariat in die Hand gedrückt hat.

Will die deutsche Arbeiter- und Angestelltenklasse wirklich das Mitbestimmungsrecht im Arbeitsprozeß haben, so muß sie die erforderliche Macht aufbringen, die dazu gehört. Nun beruht bekanntlich die Macht einer jeden Menschengruppe zunächst auf der inneren Einheit und der äußeren Geschlossenheit. Darum leuchtet ohne weiteres ein, daß nur der Betriebsrat der Betriebsleitung gegenüber eine Macht werden kann, der eine geschlossene Einheit bildet, der den Gesamtwillen der Belegschaft in sich verkörpert, der alle Kollegen und Kolleginnen geschlossen hinter sich hat. Jede Entzweiung erschwert dem Betriebsrat seine Tätigkeit und gibt der Betriebsleitung eine Handhabe, die bisweilige Machtstellung zu behaupten. Daraus erklären sich die krampfhaften Versuche der Betriebsleitung, die Belegschaft zu zersplittern, die eine Gruppe gegen die andere auszuspielen und auf diese Weise die Stohkraft des Betriebsrats zu schwächen. Tief bedauerlich ist es, daß es noch so viele Proletarier gibt, die aus Verblendung oder Selbsthät diesen Zersplitterungsbestrebungen Sympathie leisten. Das Proletariat hat alle Veranlassung,

denen auf die Finger zu sehen, die in die Belegschaft Unfrieden hineintragen und dadurch, absichtlich oder unabsichtlich, die Geschäfte des Unternehmertums besorgen. Man muß sich diese Spaltzüge genau ansehen und sie rücksichtslos unschädlich machen. Selbstverständlich muß auch eine innige Verbindung bestehen zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften, da letztere die Wirtschaftsfaktoren sind, um den ersten die Unterstützung und Halt zu geben. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die zahlreichen Betriebsräte innerhalb eines Berufszweiges zusammenzufassen und mit dem rechten gewerkschaftlichen Geiste zu erfüllen, indem sie ihnen die Möglichkeit bieten, die gegenseitigen Beobachtungen und Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig zu schulen.

Neben dieser organisatorischen Macht gibt es auch noch eine geistige und sittliche Macht. Auch diese Macht müssen sich die Betriebsräte aneignen. Es ist bekannt, eine wie große Macht die geistige und sittliche Tüchtigkeit eines Menschen oder einer Gruppe ist. Daß das deutsche Proletariat zu einem Faktor geworden ist, mit dem Staat, Gesellschaft und Unternehmertum rechnen müssen, beruht nicht nur auf den Organisationen, sondern auch darauf, daß es geistig emporgestiegen und sittlich veredelt ist. Die seit Jahrzehnten unter den größten Schwierigkeiten betriebene Aufklärungs-, Bildungs- und Erziehungsarbeit hat reiche Früchte getragen. Die durch die Schule der Arbeiterorganisation gegangenen Proletarier haben sich Kenntnisse erworben, die ihnen im proletarischen Befreiungskampf zugute kommen, und sie haben auch den Geist des Solidarismus in sich aufgenommen, ohne den ein Klassenkampf unmöglich ist. So müssen auch die Betriebsräte zu geistigen und sittlichen Wirtschaftsfaktoren werden. Wer möchte es bezweifeln, daß ein Betriebsrat, dessen Mitglieder kenntnisreich, charakterfest, überzeugte und eheliche Sozialisten sind, ganz anders dasteht, als wenn er aus Maulhelden und Strebern zusammengesetzt ist? Ein tüchtiger Betriebsrat wird auch der Betriebsleitung Anerkennung abgewinnen, er wird mehr erreichen, als ein anderer, der sich durch Unfähigkeit und Charakterlosigkeit bei jeder Gelegenheit blamiert. Das hat die deutsche Arbeiter- und Angestelltenchaft erkannt. Deshalb ist sie eifrig bemüht, tüchtige Kollegen und Kolleginnen heranzuziehen, die ihrer schwierigen Aufgabe gewachsen sind. Überall regt es sich in den Gewerkschaften, um die Lücken in der Allgemeinbildung auszufüllen, die die Schule offen gelassen hat; überall ist man bemüht, Spezialkenntnisse zu verbreiten. Darüber hinaus wird gearbeitet an der sittlichen Veredelung der Kollegen und Kolleginnen, da ohne eine Hebung des sittlichen Niveaus eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens unmöglich ist.

Neben der Erziehung zum Solidarismus tut besonders auch die Erziehung zur sozialen Gleichwertigkeit bitter not. Es muß mit dem Kastengeist und dem Standesdünkel gründlich aufgeräumt werden, der eine, der auf der sozialen Güterleiter ein paar Stufen höher steht, darf nicht mit Mißachtung auf die andern herabsehen. Zum mindesten muß gefordert werden, daß innerhalb eines Betriebes Angestellte und Arbeiter sich nicht nur als gleichberechtigt, sondern auch als sozial gleichwertige Mitarbeiter betrachten und behandeln. Nur erst dann, wenn das proletarische Klassenbewußtsein alle Betriebsangehörige befehlt, wenn der feindselige Gegensatz zwischen den Stehtragerproletariern und den Männern der schwierigen Faust beseitigt worden ist; erst dann kann von einem wirklichen Zusammenarbeiten der gesamten Belegschaft die Rede sein. Woraus sich ergibt, daß die Demokratisierung der Betriebe auch eine Bildungs- und Erziehungsfrage ist.

Die christliche Metallarbeiter-Internationale

Die Folge des Weltkrieges in ihrer allerhöchsten Auswirkung, der wirtschaftlichen Weltkrise, bringt in der Jetztzeit selbst die bürgerlich denkenden Kräfte auf den Gedanken, internationale Verständigungsmöglichkeiten zu suchen. Nur zaghaft gehen diese Kreise dem Gedanken nach. Sie scheuen sich, klar und offen diesen Weg zu beschreiten, müssen sie doch ihr patriotisch-nationales Phantasiegeschwebe, wie sie es bis zum Krieg im Munde führten, als verheißt erkennen, ganz besonders jene, welche die sozialistische Arbeiterchaft ob ihres internationalen Verständigungsbewusstseins als vaterlandstreu und ohne Rationalbewußtsein zu bezeichnen pflegten.

Der Kapitalismus war von jeher international. Seine Ruhmesthronen leuchteten sich der nationalen Phrasen, wenn dadurch Profite zu erzielen waren, sie verschlangen die Freundschaftsbände, führten die Völker in Kriege, damit neue Profitmöglichkeiten entstanden, und waren die ersten wieder, die um des lieben Profites willen internationale Fäden knüpften. Die dem- und schamlosere Moral der kapitalistischen Gesellschaft.

Erfreulich für die denkende sozialistische Arbeiterchaft ist es, wenn weitere Kreise des deutschen Volkes sich dem internationalen Gedanken nähern. Steht sie doch darin eine Verhärtung der Richtigkeit ihrer Anschauungen und einen weiteren Schritt zur endlichen, wirksamen Völkerverständigung.

Der Mond als Kraftquelle Die Verwendung der Gezeiten in der Technik

Von Hans Bourquin

Die Rot der Zeit, in der die schwarze Rolle immer geworden ist, hat die Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf die „weiße Kugel“ gelenkt, das heißt auf die im bewegten Wasser schwimmenden Kräfte, die wir bisher noch nicht ausnützend ausgenutzt haben. Im allgemeinen können wir, soweit wir bereits Anknüpfen der Wasserkräfte sind, unterlassen Maßnahmen an den großen Strömungen des Ozeans an, das die Natur selber in Bewegung setzt. Insbesondere sind die Gezeiten des Ozeans dabei die Kräfte für unsere Zwecke. Aber es läßt sich das Wasser auch auf andere Weise ausnützen. So hat man einige recht brauchbare Anlagen geschaffen, mittels denen die Wellenbewegung des Meeres ausgenutzt wird. Und neuerdings verliert man wieder, die in den Gezeiten, in den Bewegungen von Ebbe und Flut schlummernden riesigen Arbeitskräfte wieder zu machen.

Bekanntlich genügt der Mond eine gewisse Bedeutung für unsere wirtschaftlichen Ziele. Man hat bekanntlich des Gravitationsfeldes ausgehakt, nach dem sich die Massen gegenseitig anziehen. So hält die Erde durch ihr anziehendes Feld nicht nur den Mond in ihrem Umlauf, sondern es wirkt der Mond auch anziehend auf die Erde zurück. Und indem die verhältnismäßig nachgiebigen Wassermassen der Krümmung dieses Feldes so folgen vermögen, bildet sich in der Richtung auf den Mond zu eine Flutwelle, der auf der Gegenseite eine ebensolche Senkung entgegensteht. In den Stellen zwischen diesen beiden Hochpunkten tritt Niedrigwasser ein, und es entsteht dadurch der Unterschied zwischen Ebbe und Flut.

Bestehen wir nun an einer Stelle, wo die „Gezeiten“ sehr ausgeprägt sind, so beobachten wir folgende Erscheinung: Dem ersten niedrigen Wasserstande folgt nach etwa 6 1/2 Stunden der erste höchste Wasserstand, dann nach wieder 6 1/2 Stunden der zweite Niedrigwasserstand, dann nach weiteren 6 1/2 Stunden der zweite Hochwasserstand. Diese Doppelperiode umfaßt also nach 24 Stunden oder genauer 24 Stunden und 48 Minuten. Das Spiel der Gezeiten folgt also bester nicht ganz in unserer Tagesrechnung ein. Einmal um die Erde in 24 Stunden und 48 Minuten.

Im Jahre 1920 versuchte die christliche Gewerkschaftsbewegung im Haag sich international zusammenzuschließen, dadurch angeregt, fand in Kurin im November v. J. der erste internationale christliche Metallarbeiterkongress statt. Nach der Aufmachung und dem Verlauf können wir diesem Kongress keine Bedeutung beilegen. Das Ergebnis der Beratungen ist gleich null. Die äußere Aufmachung allerdings pompös, die aufgetragen, nach dem Motto: „Wiel Barm um nichts.“ Die deutsche Delegation des Christlichen Metallarbeiterverbandes schleppte unter ihren 13 Mitgliedern gleich zwei leibhaftige Minister, Ciesberts und Girsiefer, mit nach Italien. Die großen Kanonen auf der Gegenseite waren vom gleichen Format. Der italienische Finanzminister Meda hat die deutsche Delegation angehoht und diese wiederum hat ihren großen Gefühlen den weitesten Spielraum gelassen. Also schön muß es gewesen sein.

Der Höhepunkt scheint aber bei einem Begrüßungsummel in Mailand gewesen zu sein, der „Christliche Metallarbeiter“ berichtet darüber: „Unsere italienischen Kollegen haben mit dem ganzen Feuer ihres Enthusiasmus besonders unsere deutsche Delegation empfangen und das „evviva Germania“, „Soch lebe Deutschland“, wolle in der Begrüßungsversammlung, wo unsere Delegierten Stellung gemacht hatten, nicht aufhören.“ Diese Episode zeigt die ganze Hohlheit dieser christlichen internationalen Annäherungsversuche. Der italienische Finanzminister Meda begrüßt diese Arbeitervertreter und läßt Deutschland hochleben. Das gleiche Deutschland, das er täglich durch sein Finanzgebahren als Sieger tiefer in den Dreck drückt. Die gleichen katholischen Kreise schreien „evviva Germania“, die 1915 durch ihre Geiseln die Waffen legen ließen, die die „Evviva-Germans“ — Entschuldigung —, diese „Soch e“ in Stücke setzen sollten. Was war nun Lüge, 1915 oder 1921? Die ganze Hochbetrie hat mit dem Streicheln und Löffeln der Mißachtung eine verdammt Ähnlichkeit. Für deutsche Arbeitervertreter, die ernsthaft internationale Verständigungsmöglichkeiten suchen sollten, ist die aufgeführte pompöse Komödie eine Unwürdigkeit.

Das scheinen auch die Christen selbst gefühlt zu haben, denn Bieber hat in seiner Begrüßungsrede erklärt: „Wir treten auf unserm Kongress zusammen als christliche Arbeiter. Nicht mit einem verschönten internationalen Weltinternationalismus nach Art der Sozialdemokratie, sondern unter voller Berücksichtigung der berechtigten nationalen Eigenart der einzelnen Länder und Völker.“ An anderer Stelle rühmt er den Wert des Kongresses, „der mit Sicherheit alle rein politischen Seiten ausgeschlossen habe.“

Die internationalen Konferenzen sollen der Verständigung der Völker untereinander dienen. Die Regierenden aller Länder mit ihrer Geheimdiplomatie sind unfähig zur Feststellung und Abhilfe von Mißständen und Vorurteilen, die das wirtschaftliche und politische Gleichgewicht der Völker stören. Die Arbeiterchaft hat dies längst eingesehen und versucht ihrerseits, das, was möglich ist zur Völkerverständigung, zu tun. Die sozialistischen Parteien in Fragen der Politik, die Gewerkschaften in Fragen der Volkswirtschaft und der Warenproduktion. Alles höchpolitische Akte, die eins ins andere laufen und nur in ihren Zusammenhängen genau erkannt als Grundlage der Verständigung dienen. Die Christen lehnen die politische Seite der Internationalen ab, praktisch befinden sie damit ihre Gegnerschaft gegen den Gedanken der Internationalen.

Wählt als Zweck der christlichen Metallarbeiterinternationalen der Mensch, etwas Freundschaft zu pflegen und sich über die gegenseitigen Organisationsbedingungen zu informieren. So war dieser Kongress — anders können wir ihn absolut nicht werten — eine Komödie. Für das deutsche Volk, insbesondere für die Arbeiterchaft, ist nicht das allermindeste herausgesprungen. Dreizehn christliche Arbeiterführer führen zum Begegnen nach dem warmen Süden, drücken verschiednen Freunden und Glaubensgenossen, die nur mal in Holland, Ungarn, Frankreich usw. zu Hause sind, freundschaftlich die Hand und führen wieder nach dem rauhen Norden — ein internationaler Arbeiterkongress hatte stattgefunden. Eine Farce auf den internationalen Gedanken, Flausenmengen vor den anhöchlich laufenden Schächeln.

Das praktische Resultat der Tagung ist eine Erklärung, die das Bestehen der Krise feststellt, findet, daß dies die Auswirkungen des Weltkrieges sind und diese Auswirkungen die Arbeiter fürchtbar belasten. Hilfe erwarten sie von den Regierungen der Länder und — dem Internationalen Arbeitsamt in Genf. Ferner wurde eine platonische Erklärung für den Achtundtagsentzug angenommen und die Einführung von Arbeiterkammern gefordert. Ein Mitteilungsbüro zur gegenseitigen Information wurde als dringend notwendig erachtet. Einige gegenseitige Regelungen noch, als An- und Abmeldung der überlebenden Mitglieder von einem Land ins andere, Reiseunterstützung, Streikhilfe usw., und die Tagung fand unter Hurra und Hoch ihr Ende.

Ziehen wir die näheren Umstände in Betracht, so ist bei den Christen reichlich viel Heuchelei überdies noch dabei. In Italien nehmen sie Resolutionen für den Achtundtagsentzug an und in Deutschland predigen sie Abschaffung des „schematischen Achtundtags“. Dies bedeutet, der Achtundtagsentzug soll nur für die Schwerarbeiter Geltung haben und die übrige Arbeiterchaft muß länger schuften, sei es selbst 10 bis 12 Stunden. Sie fordern in Italien von der Gesetzgebung der Länder Arbeiterkammern und in Deutschland, wo sie die Macht mit in Händen haben, tun sie nicht das allermindeste in dieser Frage. Im Deutschen Reichstag wäre eine Majorität für eine fortjährlliche Arbeitergesetzgebung vorhanden, wenn — ja wenn eben das katholische Zentrum, dem diese christlichen Metallarbeiter angehören, für ihre eigenen Forderungen eintraten würden. Es ist sonderbar, daß in diesen christlichen Kreisen Lüge und Heuchelei die beste Stütze haben.

Im folgenden ist diese christliche Metallarbeiterinternationalen ziemlich belanglos. In Ungarn, in jenem Lande des christlichen Fortschritts, der die christlichen Gewerkschaften besonders fürberde, der die freien Gewerkschaften zerstört lieh, um die schuldlosen Arbeiter in die

wirtschaft ständische Arbeit leistet, ist es doch etwas un bequem, diese Arbeit in Maschinen fruchtbar zu machen. Es läßt sich ohne weiteres annehmen, daß Gezeitenmaschinen, mögen sie nun eingerichtet sein wie sie wollen, zunächst einen gewissen periodischen Betrieb haben müssen, bei dem Arbeitszeiten mit Ruhepausen abwechseln. Und es bedeutet einen sehr unangenehmen Umstand, daß sich das Spiel der Gezeiten täglich verschiebt, wodurch auch im Betriebe der Maschinen unruhige Verschiebungen stattfinden müssen.

Ungünstig ist ferner die Art, wie das Steigen und Fallen des Wassers stattfindet. Bei niedrigem und bei hohem Wasserstande ändert sich nämlich die Wasserhöhe nur verhältnismäßig langsam und der Wechsel wird erst bedeutsamer in den Zeiten, die zwischen dem Aufsteigen der höchsten Wasserstände liegen. Es wäre nun nur aus dem Wasser Nutzen herausgeholt oder im Wasser eine Arbeitsleistung vorberichtet werden kann, wenn es flut oder steigt, ist klar, daß die Energie der Wasserfluten während der Gezeiten eine sehr wechselnde ist.

Während die Ausnutzung von Ebbe und Flut durchaus nützlich ist, ist es immer in entscheidendem Maße auf den „Flut- und Ebbe“ an, das heißt auf den Höhenunterschied zwischen Hoch- und Niedrigwasser. Für die Erde überall von einer gleichmäßigen Wasserfläche umgeben, so würde ferner der Flut- und Ebbe-Unterschied der gleiche sein. Aber es drängen sich in der Raum der Meere Erdteile mit unregelmäßigen Erhöhungen ein, und es wird dadurch das Spiel der Gezeiten überseht ein so verwickeltes, daß man es rein rechnerisch kaum würde bestimmen können, und daß eben nur die Beobachtung Auskunft über ihren Verlauf zu geben vermag.

In abgeschlossenen Binnenmeeren ist der Flut- und Ebbe-Unterschied gering. Der erheblichen Stundänderungen um etwa 2 Meter an der offenen Küste gehen dagegen geringfügige Ebbe- und Flutänderungen in der weitaus der Höhe gegenüber, wo man an den dänischen Küsten nur 30 bis 40 Zentimeter Unterschied bis in der höchsten Stelle die Erhöhung der Gezeiten fast völlig verschwindet. Auch im Mittelmeer beträgt sich der Flut- und Ebbe-Unterschied nur auf Zentimeter. Andererseits haben alle großen Wasserflächen ihre Gezeiten, wenn auch in geringem Ausmaße. Der Michigansee bei Chicago zeigt einen Flut- und Ebbe-Unterschied von 4 bis 5 Zentimeter.

Die wichtigsten Flut- und Ebbe-Unterschiede treten in Norwegen und Japan ein. Die Flut- und Ebbe-Unterschiede betragen dort bis zu 10 Metern. In den europäischen Küsten sind seit langer Zeit die gewaltigen Stände im englischen

Arme der christlichen Gewerkschaften zu treiben, haben sie es auf 6840 Mitglieder gebracht, denen 65 000 freigeorganisierte Metallarbeiter gegenüberstehen. In der Schweiz stehen 3500 Christen den 70 000 sozialistischen Metallarbeitern gegenüber. In Österreich gibt es 250 000 freie Metallarbeiter und 3000 Christen, das gleiche Verhältnis in Belgien und Frankreich. In Holland stehen sie etwas besser, dort werden sie mit unserm Brüderverband gleich stark sein. Die beständig zunehmende Proletarisierung Hollands, seine Entwicklung vom Handels- zum Industriestaat, macht die Ausichten der Christen schlechter. Italien hat 20 000 Christen und 50 000 sozialistische Metallarbeiter. In Deutschland stehen unserm Verband mit 1 650 000 Mitgliedern die christlichen Metallarbeiter mit 220 000 gegenüber. Dabei ist noch sehr fraglich, ob die Christen ihren Mitgliederzahlen, die sie selbst angeben, eine vierteljährliche Beitragsleistung von 13 Wochen zugrunde legen, wie es in unserm Verbande der Fall ist. Erfahrungsgemäß lassen die Christen sehr viel Papierkolonnen marschieren. In allen übrigen Ländern haben die Christen keinen Anhang.

So hat sich der Vorhang über den ersten christlichen internationalen Metallarbeiterkongress gehoben, hoffen wir im Interesse der Arbeiterbewegung und der unter dem Druck des kapitalistischen Systems leidenden Menschheit, daß keine weiteren Komödien dieser christlichen Art aufgeführt werden. Der Gedanke der internationalen Völkerverständigung ist uns zu heilig, als daß er durch berartige Schmarren in den Dreck gezogen werden kann.

Ein lehrreicher Tarifstreit

Mit einer interessanten Tarifstreitigkeit hatte sich der Brandenburger Schlichtungsausschuß in seiner Sitzung am 15. Dezember zu beschäftigen. Der Metallarbeiter-Verband führte Beschwerde gegen die beiden Firmen Erste deutsche Fein-Zute-Garn-Spinnerei und Kammgarnspinnerei, daß sie den Tarifvertrag der Metallindustrie, welcher mit dem Fabrikantenverein abgeschlossen war, für ihre Werkstattdarbeiter (Schlosser, Dreher, Feizer, Maschinisten und Metallarbeiter) nicht eingehalten hätten und diese Arbeiter schlechter bezahlt hätten, wie es der obgenannte Vertrag vorsehe.

Die Vorgeschichte dieses Lohnstreites ist folgende: Am 1. September 1921 vereinbarte der Textilarbeiter-Verband mit den beiden Firmen einen Tarif für die Textilarbeiter, welcher Geltung bis zum 30. November 1921 hatte und der für die gelerntten Werkstattdarbeiter einen Stundenlohn von 5,80 M. vorsah. Zu diesem Abschluß des Vertrages hatte der Textilarbeiter-Verband von der für diese Arbeiter zuständigen Organisation, dem Metallarbeiter-Verband, weder einen Auftrag noch die Genehmigung, wohl aber von einigen dort beschäftigten Werkstattdarbeitern. Am 23. Oktober vereinbarten die am Tarifvertrag für die Metallindustrie beteiligten Organisationen mit dem Fabrikantenverein eine Leuerungszulage, welche für Lohnschaffarbeiter 1 M. für sonstige Arbeiter über 21 Jahre 80 P. pro Stunde vorsah. Diese Zulage zahlten die beiden Firmen, gestützt auf den mit dem Textilarbeiter-Verband am 1. September abgeschlossenen Tarif, ihren Werkstattdarbeitern nicht.

Verhandlungen, die von dem Metallarbeiter-Verband nachgesucht wurden, fanden statt und zeitigten in allen übrigen Punkten ein befriedigendes Ergebnis. Nur in dem einen, die Nachzahlung der am 23. Oktober vereinbarten Leuerungszulage, welche zu Unrecht von den beiden Firmen nicht gezahlt wurde, setzte der Herr Syndikus des Fabrikantenvereins ein hartes „Nein“ entgegen. Erhöhen der § 14 des geltenden Mantelvertrages ganz klar vorschreibt:

„Sofern bei Mitgliedern des Fabrikantenvereins, die nicht der Metallindustrie angehören, Arbeitnehmer der in dem Tarif für die Metallindustrie aufgeführten Berufsgruppen beschäftigt werden und diese Berufsgruppen nicht durch andere tarifliche Regelungen (Reichstarif) festgelegt sind, werden sie nach den Sätzen dieses Vertrages entlohnt.“

Der Schlichtungsausschuß füllte nun folgenden Schlichtungsbericht: Der Schlichtungsausschuß ist der Ansicht, daß für die Werkstattdarbeiter der Firma Erste deutsche Fein-Zute-Garn-Spinnerei A. G. und der Firma Kammgarnspinnerei E. Summerte der Tarifvertrag vom 27. Januar 1921 für die Brandenburger Metallindustrie, abgeschlossen zwischen den Gewerkschaften und dem Fabrikantenverein, bis zu dessen Ablauf Gültigkeit hat und seit dem 27. Januar 1921 Gültigkeit gehabt hat, daß mithin das in diesem Tarifvertrag festgesetzte Lohnabkommen nebst allen Leuerungszulagen Anwendung findet.

Begründung: Der § 14 dieses Mantelvertrages lautet ausdrücklich, daß bei Mitgliedern des Fabrikantenvereins auch andere Berufsgruppen unter diesen Tarif fallen, soweit sie am 27. Januar 1921 nicht durch einen anderen Tarif gebunden waren. Die Inhaber der in Betracht kommenden Firmen sind Mitglieder des Fabrikantenvereins. Vor dem 27. Januar 1921 bestand für die in Betracht kommenden Werkstattdarbeiter nur der damalige Tarifvertrag zwischen den Brandenburger Industriern und den Gewerkschaften. Dieser Tarifvertrag ist durch den neuen Tarifvertrag vom 27. Januar 1921, abgeschlossen zwischen Fabrikantenverein und Metallarbeiterorganisation, abgelöst. Vertragskontrahenten waren also lediglich der Fabrikantenverein und die Metallarbeiterorganisation, mithin waren die Vertrauensleute der Werkstattdarbeiter genannter Firmen nicht berechtigt, am 1. September 1921 allein einen neuen Tarif abzuschließen. Nur die Organisation hätte den Tarifvertrag vom 27. Januar 1921 ändern dürfen. Auch der § 1 Abs. 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 kommt nach Ansicht des Schlichtungsausschusses nicht in Frage. Abweichende Vereinbarungen der Arbeitsbedingungen zugunsten des Arbeitnehmers sind hiernach wohl zulässig, ein neuer Tarifvertrag dürfte trotzdem aber nicht in Gegensatz zu dem ordnungsmäßig abgeschlossenen Tarifvertrag getätigt werden.

Nach diesem Schlichtungsbericht sind die beiden Firmen verpflichtet, ihren Werkstattdarbeitern die am 23. Oktober 1921 vereinbarte Leuerungszulage nachzuzahlen.

Strikoffanal — bis zu 12 Meter — und in der französischen Bucht von St. Malo — bis zu 12,4 Meter — bekannt. Auf der amerikanischen Seite findet man im Süden, am Eingang zur Magellanstraße Fluthöhe von 11 bis 13 Meter, und im Norden sind wohl unerreicht die riesigen Fluten der Fundbay zwischen Neu-Schottland und Neu-Braunschweig, wo in einer kleinen Einbuchtung Hübe bis zu 15,4 Meter beobachtet worden sind.

Schon diese Tatsachen weisen darauf hin, daß sich Gezeitenkräfte nur inuchten oder an Flutänderungen zweckmäßig anlegen lassen. Eine weitere Erwägung unterstreicht diese Theorie. Auf jeden Fall werden große Räume notwendig sein, um das Flutwasser aufzufangen. Und wenn eine Anlage nicht durch den Bau von riesigen Sammelbehältern unwirtschaftlich werden soll, so muß man eben Räume wohnen in Höhlenform geliefert hat. Das heißt: man wird die Werke an Einbuchtungen anlegen, die dann nur noch auf einer verhältnismäßig kurzen Strecke eines künstlichen Abflusses bedürfen.

Der Gedanke an eine Ausnutzung von Ebbe und Flut ist an sich nicht neu. Von dem italienischen Ingenieur Mariani finden wir die Zeichnung einer Ebbe- und Flutmühle aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts. Bei Flut frömt das Wasser durch eine Schraube in ein Leichbeden. Bei Ebbe fließt es dann durch eine andere Schraube wieder aus. Und auf diesem Rückwege soll seine Bewegung zum Antrieb von Wasser mühlen verwendet werden. Im Jahre 1638 wurden von holländischen Firmenberatern in Nordamerika am Meerestrande Gezeitenmühlen errichtet, die auf eine ähnliche Weise arbeiteten, wie sie sich Mariani bereits 200 Jahre früher ausgedacht hatte. Perse baute dann in Dänemark um das Jahr 1700 eine große Flutmühle, welche die Ausnützung der Strömungen in beiden Richtungen möglich machte. Und in jüngster Zeit hat man sich in Norddeutschland und in Dänemark wieder eingehend mit dem Gedanken der Flutkraft besetzt.

Gegenwärtig plant man in England ein großes Flutkraftwerk. Das englische Verkehrsministerium hat durch seine Ingenieure die Pläne ausarbeiten lassen, und es dürfte die Ausführung des Riesentwerkes wohl nur eine Frage der Zeit sein. Wir sehen die Anlage im Geise schon fertig vor uns.

Der Strikoffanal spürt sich bei seinem Eindringen südlich von Wales stark zu und in dieses keilförmige Ende mündet der

WELTSCHAU

Aus der Tschechoslowakei

Wirtschaftslage — Widerstand gegen das Betriebsrätegesetz

Während im Frühjahr 1921 fast bei allen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln eine Preissteigerung beobachtet werden konnte, haben sich die Verhältnisse seit Juni, wo der Tiefstand der Teuerung erreicht worden war, gründlich verschlechtert. Infolge der Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland, die einen ungeheuren Kurssturz der Mark bewirkten, wurden zunächst auch die Valuten der übrigen mitteleuropäischen Staaten in Mitleidenschaft gezogen. Innerhalb kurzer Zeit sank der Kurs der tschechischen Krone in Zürich von 7 auf fast 5 Gts., was natürlich die Preisbildung im Inland stark beeinflusste. Seit dem Sommer sind alle Preise gestiegen und es läßt sich seit dieser Zeit leicht eine Steigerung von 15 v. H. errechnen.

Während aber die Arbeiterschaft in Deutschland und Österreich, wo die Teuerung zwar wesentlich rascher stieg, bei der günstigen industriellen Lage (wenn sie auch infolge der ungeliebten valutarischen Verhältnisse nur scheinbar günstig war) die Möglichkeit hatte, einen gewissen Lohnausgleich durchzusetzen, fehlte der tschechoslowakischen Arbeiterschaft diese Möglichkeit fast vollständig. Die Industrie leidet mit wenigen Ausnahmen an einer schweren Absatzkrise. Ihre Ursachen lassen sich in erster Linie auf die valutarischen Verhältnisse zurückführen. Die Tschechoslowakei ist nämlich in der letzten Zeit fast gar zu einem Land mit Wechselkurs geworden. Zwar notierte die tschechische Krone bis in die letzte Zeit hinein in Zürich mit 5 Gts. und teilweise sogar darunter und stieg erst Ende Dezember auf 7 Gts., allein da unter den Blinden der Einäugige König ist, weist eben die Tschechoslowakei, die von einem Kranz noch entwerteter Valuten umgeben ist, das beste mitteleuropäische Zahlungsmittel auf. Für eine tschechische Krone werden heute über 2 1/2 Reichsmark, 35 polnische Mark, 70 österreichische und 8 ungarische Kronen gezahlt. Das ist nun durchaus nicht so angenehm, wie es scheint. Die Tschechoslowakei ist ein wohlentwickelter Industriestaat. Sie hat fast 80 v. H. der gesamten Industrie des alten Österreich übernommen, eine Industrie, die darauf berechnet war, ein Land mit 56 Millionen Einwohnern zu versorgen. Nun sind es heute nur noch 13 Millionen, die Industrie braucht also fremde Absatzmärkte, die sie natürlich in erster Linie in den Nachbarstaaten zu suchen hat. Ist nun die Wälua dieser Länder so entwertet, wie es tatsächlich der Fall ist, dann können sie die Waren aus der Tschechoslowakei eben nicht beziehen, sondern müssen sich billigere Liefergebiete suchen. Die finden sie heute insbesondere in Deutschland, das seit jeher ein scharfer Wettbewerber der österreichischen Industrie war und auch in gewöhnlichen Valutenzeiten diese schlug. Die Wirkungen dieser Verhältnisse finden ihren deutlichsten Niederschlag in der Zahl der Arbeitslosen. Sie befindet sich im ständigen Anstiegen und hat bereits das erste Hunderttausend überschritten. Insbesondere ist es die Eisenindustrie, die durch die Absatzkrise in härtester Weise betroffen ist. Von den 29 Hochöfen, die wir in der Tschechoslowakei haben, sind derzeit nur 3 in Betrieb. Die größten Eisenwerke ziehen es vor, das Hoheisen aus Deutschland zu beziehen und dann zu verarbeiten, statt es selbst zu verhütten. Die Zahl der Arbeitslosen überstieg in der Metallverarbeitungsindustrie, wo sie Ende Juni 7854 betrug, die Zahl der offenen Stellen (100) um das 78-fache, in der Maschinen- und Verkehrsmittelindustrie um das 50-fache. Außerdem arbeitet eine sehr große Anzahl von Arbeitern verkürrt, insbesondere trifft das in der Eisenindustrie zu.

Diese Verhältnisse bewirkten, daß die Arbeiterschaft immer mehr in die Verteidigung gedrängt wurde. Trotzdem die Teuerung eine steigende Tendenz aufwies, fehlte es keineswegs an Versuchen der Unternehmer, die Löhne herunterzusetzen. In erster Linie waren es die Bergarbeiter, die ebenfalls unter der herrschenden Absatzkrise leiden und die sich infolgedessen die Unternehmer zur Durchführung ihrer Pläne ausgehört hatten. Seit November 1921 waren insbesondere im großen Währisch-Ditauer Kohlenrevier unausgesetzte Konflikte zu verzeichnen, da die Unternehmer dem Lohnabbau durchdrücken wollten. Schließlich einigte man sich darauf, daß die Bergarbeiter ihre Leistungen um 20 v. H. erhöhen sollten, wobei als selbstverständlich vorausgesetzt wurde, daß die Akkordlöhne die gleichen zu bleiben hätten. Als es aber galt, die Abmachung durchzuführen, stellte es sich heraus, daß die Unternehmer auch einen Abbau der Akkordlöhne um 20 v. H. beabsichtigten. Dies wollte die Arbeiterschaft auf keinen Fall anerkennen und es kam zu einem Streik der Bergarbeiter des ganzen Reviers, an dem sich 51000 Mann beteiligten. Nach

Severnfluß. An einer Stelle, wo die Breite der Wasserfläche etwa 4 Kilometer ausmacht, soll das Werk angelegt werden.

Das Wesentliche der Anlage läßt sich leicht darstellen. Es wird quer über die Flußmündung ein Damm gebaut, der beidseitig eine etwa 600 m hohe Form erhält, die durch die Verhältnisse des Baugrundes bestimmt wird. In diesem Damm befinden sich Schleusen, die wohl die steigende Flut hinter den Damm treten lassen, dem Wasser aber den Wiederaustritt verschären, indem sie wie Rückflapventile wirken. Das Flutwasser wird dann durch besondere Öffnungen ausgetrieben, wobei es sein Fallgewicht auf große Turbinen überträgt.

Überdies wird hier eine Leistung von etwa einer Million Pferdekraft erwartet. Die Anlage zeigt aber doch recht deutlich die Unzulänglichkeiten, die mit der Ausnutzung der Gezeiten zusammenhängen. Die Hauptanlage wird abwechselnd etwa 7 Stunden im Betriebe sein können, dann aber 5 Stunden stehen müssen. Sofern nun nicht eine Million Pferdekraft, wie sie das Werk zur Zeit seiner Tätigkeit liefern kann, für industrielle Zwecke gebraucht wird, läßt sich ein Teil der Energie benutzen, um ein Wasserkraftwerk zu treiben, das einen nahe gelegenen Stauffer füllt, dessen Abfluß dann zur Erzeugung elektrischer Energie verwendet werden kann. Die Umwendungen der Stromerzeugenden Maschinen werden zwischen Beträgen von 300 und 600 in der Minute schwanken, was dem Techniker natürlich nicht angenehm ist.

Man erhofft für die Umgebung Großes von diesem Gezeitenwerk. Beinahe 500000 Pferdekraftstunden sollen täglich für Industrie und Beleuchtung geliefert werden. Am Ufer werden neue Industrien aufblühen; Bald wird reichen Vorteil aus der Anlage schöpfen; Birmingham in Mittelengland und London im Osten rechnen ebenfalls auf Stromerzeugung.

Ein teurer Schiffverkehr wird sich entfalten. Man wird neue Hafenanlagen schaffen; eine Schleusenanlage sorgt dafür, daß die größten Schiffe bei jedem Wasserstande einen Durchgang durch die Sperrmauer finden.

Selbst wenn wir alle verfügbaren Wasserkraft der Erde ausnützen, würden wir doch kaum der Kohle enttaten können. Aber man vermag wenigstens mit den schwarzen Diamanten zu sparen. Und das wird hier geschehen, wenn das Werk so fertig gestellt ist, wie es in den Köpfen der Ingenieure besteht. 3 bis 4 Millionen Tonnen Steinkohle wird man jährlich weniger in die humarischen Kassen der Deesen zu schütten brauchen.

zweitägiger Dauer wurde der Streit durch Vermittlung der Regierung mit einem Siege der Arbeiter beendet und das ursprüngliche Abkommen wiederhergestellt.

Auch in anderen Branchen ließen es die Unternehmer an ähnlichen Versuchen nicht fehlen. In einigen Berufen, die nicht über eine so straffe Organisation verfügen wie die Bergarbeiter und Metallarbeiter, die bereits im Frühjahr und Sommer heftige Abwehrkämpfe zu führen hatten, gelang es ihnen auch, ihre Pläne ganz oder teilweise durchzusetzen. Im großen ganzen ist indessen zu sagen, daß die Herren trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Konjunktur nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Es hat auch nicht an Versuchen zu einer Durchbrechung des Achtstundentages gefehlt, indessen auch hier konnten sie bis jetzt nicht den geringsten Erfolg aufweisen und das Achtstundentagesgesetz, das auch den landwirtschaftlichen Arbeitern die Wohltat des Achtstundentages sichert, ist nach wie vor in Kraft und gestattet keine Ausnahmen. Das einzige Gebiet, auf dem die Unternehmer auf einen Erfolg zu verweisen haben, sind die Betriebsräte. Hier ist es ihnen gelungen, schon die gesetzliche Fassung so nach ihren Wünschen zu drehen, daß man füglich von einer Karikatur des Betriebsrätegesetzes sprechen kann. Die Schöpfer des Gesetzes waren sich darüber auch hinreichend im klaren und nannten es vorfischalber nur ein Gesetz über „Betriebsauschüsse“. Nun soll dieses Gesetz, das ein Minimum an Rechten vorsieht, am 1. Januar 1922 in Kraft treten, allein es wird nicht in Kraft treten, weil — nun weil bis heute noch keine Durchführungs- und keine Wahlordnung da ist! Das ist zwar fast unglücklich, aber trotzdem so und es wird, wenn es gut geht, das Gesetz in ganz ungezügelter Weise erst im Februar in Kraft treten können.

Einen großen Widerstand setzen die Unternehmer auch der Forderung entgegen, daß vertragliche Bestimmungen, die ein größeres Maß an Rechten sichern, als das Gesetz vorsieht, auch für die Betriebsräte weiter gelten sollen. Gerade daran ist die Ausarbeitung der Durchführungsverordnung gescheitert. Es ist aber zu erwarten, daß die Arbeiterschaft doch stark genug ist, diese selbstverständliche Forderung noch durchzusetzen.

In letzter Zeit beginnt sich nun ein etwas besserer Stand der Industrie bemerkbar zu machen. Insbesondere sind es die landwirtschaftlichen Maschinenfabriken und auch die Eisenwerke, die wieder etwas lebhafter arbeiten. Das hat seinen Grund in der Überlastung der deutschen Industrie, die infolgedessen eine Reihe von Auftragsgebern an die tschechoslowakische Industrie verweist. Mit der Besserung der Konjunktur wird es auch der Arbeiterschaft wieder möglich sein, in neue Lohnkämpfe einzutreten, um so einen Teuerungsausgleich herbeiführen zu können. Vorbedingung für einen erfolgreichen Kampf wird freilich die Einigkeit der Arbeiterschaft selbst sein. Es ist hier leider in der letzten Zeit nicht alles so, wie es sein sollte, aber es ist doch zu hoffen, daß die harte Not das Proletariat zu der selbstverständlichen Auffassung bringt, daß wichtiger als alle parteipolitischen Auseinandersetzungen eine starke und einheitliche wirtschaftliche Organisation ist, die mit der nötigen Energie die Rechte der Arbeiterschaft gegenüber den Angriffen des Unternehmertums wahren kann.

Arbeitsbedingungen im englischen Maschinenbau

Von J. T. Brownlie (London).

Zu Beginn des Jahres 1921 war die Zahl der regelmäßigen Arbeitstunden 47 die Woche, eine Regel, die vom 1. Januar 1919 in Geltung steht. Es wird die ersten fünf Tage 8 1/2, am Samstag 4 1/2 Stunden gearbeitet. In einigen Fällen gilt die 44stündige Woche. Die Neigung ist vorhanden, diese Zeit gleichfalls auf 47 Stunden auszuweihen, doch haben wir bis jetzt keinerlei Bestätigung, daß es wirklich geschehen ist. Dank der anhaltenden Geschäftslage, die das Maschinen- und Schiffbaugewerbe schwerer trifft als alle anderen, wird in vielen Unternehmen verfrüht gearbeitet.

Der Satz der Beschäftigtenlosen in diesen beiden Gewerben ist vom Januar 1921 bis zum Juni-Ende von 6 v. H. auf 32 v. H. gestiegen. Seitdem hat sich eine leichte Besserung gezeigt. Der Arbeitslosenstand sank Ende Oktober 1921 auf 25 v. H., ist indessen aber wieder höher geworden, so daß er zurzeit (Dezember) 27 v. H. beträgt.

Der Lohn mindert sich betrug in den zehn wichtigsten Bezirken des Maschinenbaus 89 Schilling die Woche. Diese Summe setzte sich zusammen aus dem (Standard-) Mindestlohn der Vorkriegszeit von 38 Schilling 10 Pence, dem Kriegszuschlag von 39 1/2 Schilling und einem weiteren Kriegszuschlag von 12 v. H. des Gesamtverdienstes, was zusammen 88 Schilling 14 Pence ausmacht und auf 89 Schilling aufgerundet wurde.

Die 39 1/2 Schilling mit dem 12prozentigen Zuschlag galten für alle Bezirke; beides wurde zu dem Mindestlohn des Bezirks geschlagen. Während der Betrag von 39 1/2 Schilling ein für alle Bezirke feststehender Satz war, schwankte der 12prozentige Zuschlag, da eben der Verdienst, wonach dieser Zuschlag berechnet wurde, aus der Vorkriegszeit plus Ertragszuschlag war.

Der wöchentliche Durchschnittssatz von 89 Schilling lag bis zum 15. Juli 1921, wo man nach langen Verhandlungen übereinkam, daß 6 Schilling als Teil von den 39 1/2 Schilling in Fortfall kommen sollten, womit auch der 12prozentige Zuschlag von diesen 6 Schilling verloren ging, so daß der Gesamtverlust 6 Schilling 9 Pence die Woche ausmachte. Die eine Hälfte dieser Einbuße, also 3 Schilling 4 Pence, sollte im Juli, die andere im August wegfallen, wodurch der durchschnittliche Mindestlohn auf 82 Schilling 9 Pence zu stehen kam.

Ursprünglich verlangten die Unternehmer, daß mit den 6 Schilling auch der ganze 12prozentige Lohnzuschlag verschwinden solle. Doch wurde die Verhandlung hierüber auf eine spätere Zusammenkunft verschoben. Nach der dann anberaumten Verhandlung wurde beschlossen, den 12prozentigen Zuschlag in drei Raten abzuschaffen, und zwar am 1. November und 1. Dezember 1921 und am 1. Januar 1922 jeweils 4 v. H. So war denn beim Jahresende 1921 der 47stündige Arbeitssatz der durchschnittliche Mindestlohn für Schraubfabriken und Dreher 78 Schilling 4 Pence die Woche, eine Summe, die sich zusammensetzt aus dem Vorkriegslohn von 38 Schilling 10 Pence, dem Kriegszuschlag von 39 1/2 Schilling und einem Ertragszuschlag von durchschnittlich 1 Schilling.

Das Unternehmertum hat jeden Vorteil, den ihm der überaus schlechte Geschäftsgang bietet, bei dem Angriff auf die Lohnhöhe wahrgenommen. Es hat wiederholte Vorstöße gegen alte gewerkschaftliche Rechte unter dem Vorwand unternommen, sie beeinträchtigen die freie Verfügung der Fabrikleitung.

Hilfe für die Hungernden Rußlands

Der vom Internationalen Gewerkschaftsbund gecharterte Dampfer „Christian Kuh“, welcher die erste Ladung der für die Hungerleidenden Rußlands bestimmten Lebensmittel und Kleider mit sich führt, fuhr am 23. Dezember von Hamburg ab. Das Schiff, welches von drei Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes begleitet wird, d. h. von den Kameraden Wauters, Delegierter der belgischen Gewerkschaftskommission, sowie — auf Anweisung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes — von Bollmershaus und Strodt

fährt nach Riga, von wo aus die Waren per Eisenbahn über Moskau nach dem Chuvash-Distrikt weiterbefördert werden. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat es auf sich genommen, in dieser Gegend 40000 Kinder zu unterhalten und zu versorgen.

Die Ladung des Schiffes besteht aus circa 1200 Tonnen Lebensmittel und Kleidungsstücken, das heißt:

589 150 Kilogr. Roggenmehl	6186 Kilogr. Tee
250000 „ Weizenmehl	28512 „ Wäschlein
29916 „ Schmalz	18 Kisten Medizinale
25180 „ Speck	2000 Paar Holzschuhe
50450 „ Zucker	5800 Überzieher für Männer
85704 „ Kalao	8600 Mäntel für Frauen
11808 „ Margarine	10000 Paar Strümpfe.
19050 „ Maggi-Suppen	

Die Entsendung eines zweiten Dampfers, der jedenfalls im Laufe des Monats Januar ebenfalls in Hamburg wird auslaufen können, wird vorbereitet.

Das Ergebnis der Sammlungen für die Hilfe belief sich bis 15. Dezember 1921 folgendermaßen:

Land	Mitgliedszahl	Währung des Landes	Gesamt. Währung (Gulden)
Belgien	716 410	287 701,88 Frs.	56 200,—
Dänemark	279 255	80 000 D. Kr.	17 200,—
Deutschland	8 000 000	4 967 202 M.	75 000,—
Frankreich	1 500 000	598 651,— Frs.	124 600,—
Großbritannien	6 800 000	5 170,— Pfund	89 500,—
Italien	2 056 773	1 000 000 Lire	120 000,—
Luzemburg	27 000	6 000,— Frs.	1 000,—
Niederlande	216 581	88 500,— Guld.	88 500,—
Osterreich	1 000 000	18 791 000,— Kr.	19 000,—
Polen	408 188	2 900 000,— M.	3 000,—
Schweden	277 242	100 000 Schw. Kr.	68 000,—
Schweiz	228 588	75 000,— Frs.	87 500,—
Spanien	240 118	28 000,— Pes.	11 150,—
Tschecho-Slowakei	740 000	4 000 000 Tsch. Kr.	160 000,—
Intern. Transportarbeit-Föderation	—	2 000,— Gulden	2 000,—
Intern. Hutmachere-Föderation	—	1 000,— R. M.	15,—
Verschiedene Gaben	—	3 750,— Gulden	8 750,—
			Zusammen 794 415,—

Die Sammlungen werden fortgesetzt. Es ist notwendig, daß allerorts ein jeder sein Scherlein weiter dazu beisteuert. Die Not in Rußland ist groß, an verschiedenen Stellen hat sie katastrophale Formen angenommen und die Zeit bis zur neuen Ernte ist noch sehr lang. Kollegen, erlahmt nicht in eurer Opferfreudigkeit!

Der tschechische Metallarbeiter-Verein

Frühzeitig hat der Tschechoslowakische Metallarbeiterverband einen provisorischen Bericht über die Verbandsbetätigung in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 herausgegeben, dem wir kurz folgende Angaben entnehmen: Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen bis Ende November 1921 insgesamt 12 734 000 Kronen, davon an ordentlichen Beiträgen 10 733 000 Kr., an außerordentlichen Streikbeiträgen 1 159 000 Kr. An Unterstützungen wurden 4 735 000 Kr. verausgabt, darunter an Streikunterstützung allein 4 587 000 Kr., bis Ende des Jahres 1921 dürfte die fünfte Million an Unterstützungen für Streiks und Preisregelungen überschritten sein. An Beiträgen für den Gewerkschaftsbund, die Internationale usw. 396 000 Kr., an Verwaltungsausgaben 1 541 000 Kr., für die Verbandsblätter 1 505 000 Kr. Es verbleibt auf Ende November 1921 ein Vermögen von 12 176 000 Kr. An Lohnbewegungen wurden vom 1. Juli bis 30. November 1921 insgesamt 55 geföhrt, die sich auf 242 Betriebe mit 21 912 Arbeitern erstreckten. Streiks waren darunter 29 in 33 Betrieben mit 3653 Arbeitern, Ausperrungen 5 mit 1437 Arbeitern. In den Streiks wurden 95 267 Arbeitstage veräußt, in den Ausperrungen 57 442, insgesamt also 152 709 Tage, was bei einem täglichen Lohndurchschnitt von 50 Kr. einem Lohnausfall von über 7 1/2 Millionen Kronen entspricht. In diesen Zahlen kommt deutlich die steigende Angriffsstärke des Unternehmertums zum Ausdruck, die eine starke und entschlossene Abwehr der Arbeiterschaft notwendig machen wird.

Der außerordentliche Kongreß

Der Schweizer Uhren- und Metallarbeiterverband fand vom 15. bis 17. Dezember 1921 im Volkshaus zu Bern statt. Die Mitgliedschaft war durch 217 Delegierte, wovon 29 auf den erweiterten Zentralvorstand entfielen, vertreten. Dringende Gegenwartsfragen waren die Ursache zur Einberufung des Kongresses. Die trostlose wirtschaftliche Lage der Schweiz, Krise, Arbeitslosigkeit, der Kampf der Arbeitgeber für Verlängerung der Arbeitszeit und nicht zuletzt die inneren Verbandsstritten. Rußland hatte in unsern Schweizer Arbeiterverband seine Fellen gelegt. Die Schweizer kommunistischen Lokalstrategen fühlten sich in ihrer Vaterblüte, ein Zeitabkürzer der geleisteten Zellenbetätigung war verstrichen und so schenkte sie sich doch, einmal auf einem Kongreß die Erfolge ihrer Propagandaaarbeit in Augenschein zu nehmen. So drängten sie darauf, daß die Tagung noch vor Weihnachten stattzufinden habe. Sie trauten von einem gemäßigten Sieg Rußlands. Eintracht sind sie vom Kongreß zurückgekehrt, von den 217 Vertretern hatten sie 32 auf ihrer Seite, die sich auf vier Ortschaften verteilten: Basel, Zürich, Winterthur und Bern. Die kommunistische Jellenbauerel hat die übrige Mitgliedschaft stark verbittert, scharfe Anträge gingen aus Erben und vom Zentralvorstand ein, die vom Kongreß mit 165 gegen 32 Stimmen angenommen wurden. Darin ist gesagt, daß der Schweizer Uhren- und Metallarbeiterverband durch die systematischen Lügen und Verleumdungen der Kommunisten schwer geschädigt wurde, ganz besonders in der Zeit des Kampfes um den Lohnabbau. Die Jellenbildung im Verband sei gefährlich für dessen Bestand und diejenigen Mitglieder, die die Jellenarbeit praktisch betreiben, sind aus dem Verband auszuschließen. Der Zentralvorstand erhält vom Verbandstag dazu die Vollmacht. Die Kommunisten verpflichten sich zu retten, was zu retten war, trotz Aufhebung aller Jungenkräfte gelang es ihnen nicht, das gegen sie vorgebrachte belastende Beweismaterial zu entkräften. Um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren, sah sich der Verbandstag genötigt, sechs kommunistische Verbandssekretäre, die Führer der Jellen, auszuschließen. Die übrigen Tagesordnungspunkte fanden ihre glatte Erledigung. Zum bevorstehenden Gewerkschaftskongreß wurde beschlossen, zwei Drittel der Delegierten auf dem Kongreß zu wählen, ein Drittel wählt der Zentralvorstand. Der Verbandstag legte ein erneutes Bekenntnis als Kampforganisation zur materiellen und geistigen Gehung der Arbeiterklasse ab.

Wir werden noch eingehender über diesen Kongreß berichten.

Nachrichten für Auswanderer

In Schweden sind Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzungen noch immer an der Tagesordnung. Die Lohnherabsetzungen betragen teilweise bis zu 30 Prozent; sie werden vorgenommen teils mit Zustimmung der Arbeiterschaft, teils gegen deren Widerstand.

Aus Niederländisch-Indien wird eine Vertreibung der Lebenshaltungskosten gemeldet. Ledige können mit weniger als 400 Gulden im Monat nicht auskommen, Verheiratete ohne Kinder brauchen mindestens 500 Gulden.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 15. Januar ist der 3. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Januar 1922 fällig.

Die Gebühren für Ersatzbücher betragen ab 1. Januar 1922 einschließlich Porto: für jedes Ersatzmitgliedsbuch 10 Mt., jede Ersatzmitgliedskarte 5

Bei Bestellung ist dieser Betrag mit einzusenden und sind hierzu die üblichen Bestellformulare zu benutzen und darauf der beigefügte Betrag zu vermerken.

Die Besteller in Bayern, Oberschlesien und im Saargebiet werden gebeten, keine börtigen Briefmarken mitzusenden, weil hierfür keine Verwendungsmöglichkeit.

Ebenso ist die Einfindung von hässlichen Geldscheinen zu unterlassen.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhebung
	I	II	III	
Altenburg	200	100	—	1. Beitragswoche
Bünde i. W.	200	100	30	1.
Gerfob	200	190	—	1.
Konstanz	250	190	—	1.
Mellenbach i. Th.	100	100	20	6.
Preuzig	100	—	—	1.
Rostock	200	100	30	1.
Torgelow	200	100	30	1.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Dresden: Der Dreher Albert Böhme, geb. am 9. Juli 1896 zu Potental, Mitgliedsbuch Nr. 4.232.435, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle München: Der Schlosser Fritz Käßinger, geb. am 28. Dezember 1880 zu München, Mitgliedsbuch Nr. 3.127.073, wegen Unterschlagung von Sammelgeldern.

Auf Antrag des Vorstandes: Der Schlosser Friedrich Reil, geb. am 6. Dezember 1888 zu Müllert, Mitgliedsbuch Nr. 4.158.177, wegen Unterschlagung von Geldern der Volkshilfe.

Öffentlich gerügt wird:

Auf Antrag eines Schiedsgerichts in Stagen: Der Fassbinder Max Maddalena, geb. am 17. Januar 1895 zu Niebheim, Mitgliedsbuch Nr. 1.952.982, wegen unkollegialen Verhalten.

Ausgeschlossen werden nach § 23 des Statuts:

Auf Antrag der Bezirksleitung Köln: Der Malermeister Franz Schröder, geb. am 11. Januar 1879 zu Montjoie, Mitgliedsbuch Nr. 2.850.506, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Der Hüttenarbeiter Johann Massonet, geb. am 1. Dez. 1885 zu Guyen, Mitgliedsbuch Nr. 2.989.063, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Gestohlen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 2.448.708, lautend auf den Schlosser Wilhelm Kühnel, geb. am 26. Januar 1892 zu Süssen (Köln).

Mitgliedsbuch Nr. 1.004.756, lautend auf den Maschinenführer Alwin Bod, geb. am 14. Mai 1896 zu Zehndorf (Zehdenitz).

Mitgliedsbuch Nr. 4.160.248, lautend auf den Schmied Friedrich Karl, geb. am 20. November 1897 zu Fachsenwerder (Zehdenitz).

Mitgliedsbuch Nr. 3.943.589, lautend auf den Schmied Otto Kempliner, geb. am 30. Sept. 1897 zu Zehdenitz (Zehdenitz).

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

von Feilenarbeitern nach Deis i. Schlef. (Moritz Claus) D.; von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz 2;

von Heizungsmonteur nach Säbenscheld 2;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen 2; nach Eberswalde (Arbeitsstelle) B.; nach Himmelfeld; nach Forst R. Langh (R. Fiedt) in Gr. Köpenick; nach Gardelegen B.; nach Argemburg 2; nach Oldenburg i. D. (Wagenbauamt A.-G.) 2; nach Dellingen/See (Rüstschaden & Co.) 2; nach Saarbrücken 2; nach Schweinfurt (Fa. Wagner & Söhne in Hofmann) D.

2 = Logobewegung; D = Differenz; A. G. = Einzel in Stadt; G. = Einzel; R. = Rastgefang; H. = Hütten; L. = Landbesitzer.

Unsere Arbeitelage

Die Erhebungen umfassen 728 Betriebsstätten für die Zeit vom 11. bis 26. Dezember. Der heutige Bericht umfasst zwei Wochen, was durch Zusammenlegung von zwei Monaten der Zeitung notwendig war. In der Erhebung sind 27771 Betriebe mit insgesamt 2094184 Arbeitern erfasst. Das Ergebnis der Betriebsstätten ist folgendes:

	Berichtswoche		Vorwoche	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Beschäftigt	99,17	99,35	99,19	99,24
Stillgelegt	0,83	0,65	0,81	0,76
Arbeitslos	0,37	0,60	0,39	0,60

Gegen die Vorwoche ist die Zahl der Arbeitsbetriebe sowie die der Arbeiter geringfügig gesunken. Folgende Zahlen veranschaulichen die wesentlichen Veränderungen in der Zusammensetzung der Betriebe:

Woche vom 20. bis 27. November	15146	= 0,67%
27. Novemb. bis 4. Dezember	12640	= 0,62%
4. bis 11. Dezember	10879	= 0,57%
11. 25.	10800	= 0,57%

Die Feststellungen über die Dauer der Kurzarbeit ergaben folgendes. Es arbeiteten:

Stunden	Berichtswoche		Vorwoche	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
42 bis 45	14	18,2	1179	11,4
36 " 41	29	28,3	4961	48,2
32 " 35	10	10,4	641	6,2
24 " 31	21	19,8	2555	24,8
unter 24	29	28,8	964	9,4

Aber Berlin ist diese Woche folgendes zu berichten: Vorhanden sind 3218 Betriebe mit 259939 Arbeitern. Nach Meldungen der börtigen Betriebsräte über Groß- und Mittelbetriebe ergibt sich:

Vollbeschäftigt sind . . . 704 Betriebe mit 168601 Arbeitern.
Berlirt arbeiten . . . 20 " " 6338
In der Vorwoche . . . 18 " " 6289

Von 1571180 Mitgliedern waren 7760 arbeitslos, 6959 Kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 2567. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

Woche vom 20. bis 27. November	0,68 %	0,69 %
27. Novemb. bis 4. Dezember	0,68 %	0,67 %
4. bis 11. Dezember	0,68 %	0,47 %
11. 25.	0,49 %	0,44 %

In Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Verband 90594 M. ausbezahlt.

Schmiede.

Am 7. Dezember 1921 fand im Volkshaus zu Leipzig eine öffentliche Versammlung der Schmiede statt. Kollege Rudroff (Hilfsmann) referierte über: Die Aufgaben der Schmiede innerhalb des Verbandes. Er schilderte kurz die Ursprünge der Schmiedebewegung und deren Entwicklung, den Zusammenschluss in den Zünften, im Schmiedeverband und den Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die Industriellen haben, sagte unter anderem der Redner, von der Regierung verlangt, daß auf Kosten des Reiches Arbeiter als Schmiede ausgebildet werden sollen, um dem Mangel an Schmieden und Kesselschmieden abzuwehren. Dies ist unbedingt abzulehnen, solange die Industriellen die Führung schwarzer Listen beibehalten und dadurch einige hundert Schmiede vom Arbeitsprozess ausschalten.

Die Kollegen Ebert (Kassel), Jürgens (Minden), Gaal (Kassel), Bergmann (Hamburg), Hofmeister (München), Bahajit (Berlin) und Kose (Koblenz) sprachen in gleichem Sinne und betonten, daß kein Mangel an Schmieden bestehen würde, wenn die Schmiede bei der jetzigen Entlohnung leblich leben könnten. So aber haben Tausende den Beruf verlassen, weil die verbrauchte Arbeitskraft mit den gewöhnlichen finanziellen Mitteln nicht ersetzt werden kann. Es kam weiter zum Ausdruck, daß die Arbeitszeit für die schweren Berufe reichlich lang sei, hauptsächlich für die Lehrlinge, die sich bei den Verhältnissen körperlich nicht entwickeln könnten. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß Kinder mit einem Gewicht von 66 Pfund — wie es zu verzeichnen ist — das Schmiedehandwerk erlernen und beim Verlassen der Lehre 2 Pfund an Gewicht zugenommen haben.

Zum Schluß wurde folgende Entschloßung einstimmig angenommen: Die am 7. Dezember 1921 in Leipzig versammelten Schmiede und Kesselschmiede billigen die Haltung des Reichsbeirates in bezug auf Anrechnung von Kesselschmieden aus Reichsmitteln, weil feststeht, daß der Schmiedebetrieb nur der schlechtesten Bezahlung wegen seinen Untergang nahe war. Nur gesundheitlich einwandfreie Werkstätten, menschenwürdige Behandlung und anständige Bezahlung können den Schmiedebetrieb wieder heben. Die Anwesenden verpflichten sich, im Sinne der Hallenser Beschlüsse weiter zu wirken und einig und geschlossen den Kampf gegen das Kapital zu führen.

Die Schilderungen der Redner werden trefflich gelunzen durch die Antwort der Schmiede-Zunung auf die gestellten Forderungen der Gehilfen. Sie macht folgendes Angebot: Für Schirmermeister 9,50 M., Beschlagschmiede 8,50 M., Stodgellen 7,50 M., Gesellen im ersten Jahre 6,50 M. die Stunde ab 3. Dezember 1921. Das Angebot wird zur Kenntnis genommen und soll in der Monatsversammlung beraten werden.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Wohin verziehen die jüdischen Arbeiter? Was für eine Arbeitszeit haben sie? Wie sind ihre sonstigen Lebensbedingungen? Wieviel Ferien haben sie? Wie sind ihre Löhne beschaffen? Wie schlafen sie in den Streiktagen? Wie hoch sind ihre Wirt- und Überstundenzulagen? Nach welchen Grundsätzen werden die Arbeiter entlohnt? Was haben die Landarbeiter an Naturalien und anderen Dingen? Aber diese und viele andere Fragen aus allen Arbeitsberufen gibt ein beachtenswertes Buch Auskunft, das jedoch vom jüdischen Arbeiterministerium herausgegeben wird. Es heißt: Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter, der landwirtschaftlichen Angestellten und Beamten, der technischen Angestellten, Beamten und Bediensteten im Freistaat Sachsen, nach dem Stande der Tarifverträge vom Ende Oktober 1921. Das Buch ist verlegt vom Genossen Regimentsrat Heinrich Brand im jüdischen Arbeiterministerium, der ebenfalls Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes in Dresden war. Der Preis wird das Buch nach dem ersten flüchtigen Durchblättern in die Höhe werfen, denn die auf 243 Seiten angehaften Tabellen und Tabellen sind alles eher als Unterhaltungsliteratur. Aber der Gehalt des Buches ist so reichhaltig, daß es jedem Arbeiter, der sich für die Lebensbedingungen der gewerblichen Arbeiter, jenseits auch die der landwirtschaftlichen Beamten und Angestellten und die der technischen Angestellten, Beamten und Bediensteten anbelangt. Die Einleitung ist dementsprechend, daß sich selbst der Angehörige in die Zahlenangaben hineinfindet und der Inhalt der Tabellen erfolgreich auswerten kann. Da aber in unserer Zeit die Lohnverhältnisse in allen Berufen rasch sich ändern, ist Vorzuziehen, wenn diese jüdischen Arbeiterfragen bequem nachgelesen werden können, so daß das Buch immer neu bleibt. Es werden vom Arbeiterministerium nach Bedarf sogenannte Deckschichten herausgegeben, die einfach den betreffenden Tabellen überbleibt werden, so daß stets die neuesten Listen zu finden sind. Wo immer Tarifänderungen vorgenommen werden, werden diese auf Deckschichten gedruckt und damit die betreffenden Tabellen ergänzt, ein Verfahren, das jeder Besitzer des Buches jüdisch begreifen wird.

Freilich ist das Buch wegen des schwierigen Tabellenwesens und des dazu erforderlichen verhältnismäßig guten Preisers 30 M. Klein, da es vornehmlich von Organisationen (es ist für Arbeitgeber so notwendig wie für Arbeitnehmer), von Handelstaxamtern, von Bibliotheken, Schiedsämtern und anderen Organisationen benutzt werden wird, kann der Preis ein wenig höher sein, das einzige nachteilige Buch nicht zu kaufen. Auch die Betriebsräte werden in diesem Buch einen wertvollen Ratgeber finden und es wird ihre Aufgabe sein, auch die Unternehmern zu verschaffen, es für sich und für die angestellten Arbeiter zu haben, und begründete Forderungen im Sinne, die Reichsregierung ebenfalls zur Herausgabe eines solchen Lohnverzeichnisses zu veranlassen. Es wäre jüdisch für die Arbeiter im jüdischen Reichsland sehr von Vorteil, wenn auch für ein solches Nachschlagewerk bekannt, wie es in diesem Buche deutlich wurde die jüdischen Arbeiter kennen. Das Buch ist zu beziehen durch die jüdischen Arbeiterministerien in Dresden, Königsplatz 2, und durch flüchtige Buchhandlungen.

Verbands-Anzeigen

Ungefitte gesucht.
Altmasser. Für die hiesige Verwaltungstelle wird zum 1. April ein besoldeter Geschäftsführer gesucht. Dieser muß in erster Linie die Kassengeschäfte übernehmen sowie auch sämtliche Verwaltungsgeschäfte erledigen können und auch mit der Agitation vertraut sein. Es können daher nur Kollegen berücksichtigt werden, welche in allen Verbandsangelegenheiten erfahren sind. Bewerber müssen dem Verband mindestens 5 Jahre angehören. Die selbstgeschriebenen Bewerbungen müssen genaue Angaben über Alter, Beruf, Organisationsangehörigkeit und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung enthalten. Die Besoldung erfolgt nach den Beschlüssen des Verbandstages in Jena. Bewerbungen sind bis zum 30. Januar an unsere Geschäftsstelle Altmasser-Waldenburg in Schief, Mangelweg 5, zu richten.

Bachoff I. M. Als Geschäftsführer wurde der Kollege Joh. Bates, Wien i. Westf., gewählt. Allen Bewerbern besten Dank.

Braunschw. Geschäftsführer für Agitation und Verwaltung für sofort gesucht. Es wird nur auf erste Kraft rechnet. Das Gehalt richtet sich nach den Beschlüssen der letzten Generalversammlung. Auswärtige Bewerber werden auf die Schwierigkeiten der Wohnungsschaffung hingewiesen. Bewerber mit höher. Möglichkeit (Gehaltsdienst nicht gerechnet) wollen selbst geschriebene Bewerbungsschreiben bis zum 23. Januar an die Geschäftsstelle, Bohlweg 40, mit der Aufschrift „Bewerbung“ einreichen.

Stettin. Den Bewerbern um die ausgeschriebenen Stellen zur Mitteilung, daß die Kollegen Robert Frank und Willi Bach (Stettin) gewählt worden sind. Allen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

(Anzeigen betr. die Arbeiterfrage sind niemals an die Redaktion, sondern an die inserierende Firma selbst, Zustellensichere aber stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Automaten-Gestalter gesucht. Konstruktionswert Bingen. Elektrotechnische Fabrik G. m. b. H. Bingen a. Rhein.

Automobil-Klempner im Motorbau erfahren und ein selbständiges Arbeiten gewohnt, zum sofortigen Eintritt gesucht. A. Reuhaus, Sagen i. B., Schmetzerstr. 18.

Mehrere Ciseleure für Modell- und Treibarbeit, nur erste Kräfte, alles andere zweitrangig, sucht A. Jänig, Kunstgewerbli. Werkstätte, Dresden-N., Dückerstr. 58.

1 Feilen-Handhauer, 1 Maschinenhauer für Feilenfabr. D. werden zum sofortigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht. Gustav Niesel, Inh. Paul Grubler, Dautzen i. G.

Feilenhauer, 1 perf. (Handhauer), auf mittl. u. H. Sorten sucht für sofort. Ed. Hoffmann, Feilenfabrik, Torgau a. E.

Feilen-Schleifer, tüchtige geübte, aufstrebende, aufstrebende in der Feilenfabrik, sucht. E. Puch, Feilenfabrik, Gesehensdorf i. Saan.

Feilen-Schleifer, tüchtiger, lediger, sofort oder in Nähe gesucht. Erbsch & Raubert, Weibers (Mühl.), Poststr. 30.

Tüchtige Formner und Ziseleure für Kunstguss zum sofortigen Eintritt gesucht von Carl Poellath, Kunstgießerei, Schrodenhausen, Obed.

Formner mehrere tüchtige werden sofort eingestellt. Eisen-gießerei u. Maschinenfabrik Kitzingen-Gesellschaft, Dautzen i. G.

Graveur, tüchtiger, der in der Anfertigung eiserner Stempel erfahren ist, sofort gesucht. R. Reif, G. m. b. H., Liebenwerda, Prov. Sachl.

4 Handformner auf Aluminiumguss für Dauerbeschäftigung hier sofort gesucht. Offerte erbeten. Stadt. Arbeitsamt (Werkstättenamt), Friedelshafen a. D.

Handhauer, ein tüchtiger, fleißiger, zum Nachheften und Kon-per sofort gesucht. Gef. Anfragen mit Angabe des Alters erbeten an Albert Sigwart, Ludwigschafen a. Rh.

Handhauer, tüchtiger, ledig, zum Nachhauen neuer und alter Feilen in dauernde Stellung bei gutem Lohn sofort gesucht. A. Freymann & Comp., Feilenfabrik, Weinheim a. d. B.

Heizungsmonteur, tüchtige, so-

Baer & Perigs, norm. Abt. Buder, Augsburg, Vogelmann G. 85 1/4.

Maschinen-Feilenhauer für sofort gesucht.

Brandenburger Feilen- und Werkzeugfabrik Carl Radtke, Brandenburg a. Havel.

Tüchtige Maschinenhauer für Feilen-, Handhauer sowie Feilenhärter für Zugsen und Meißelhärter in dauernde Stellung gesucht. Georg Meißner, Feilenfabrik, Großschmied i. G.

Maschinist, gelernter Maschinen-Schlosser, mögl. auch mit Kenntnissen in elektr. Anlagen, für eine 150 PS Lang-Kolombille bei freier Wohnung gesucht. Ludwig Stuffer, Mühlenwerf, Murr (Württemberg).

Tüchtige Matrizen-Schlosser sofort gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Porzellanfabrik Gentschel & Müller, Meuselwitz (S. L.).

Metallformner, mehrere tüchtige, auch im Kernmachen und Zulegen bewanderte, mögl. ledige, finden sofort Dauerbeschäftigung bei hohem Verdienst. Badener Metallwarenfabrik, Schweizer & Fehrendach, Baden-Baden.

Modellplatten-Formner, tüchtiger, erfahrener, der in der Lage ist, Leute anzulernen, als Vorarbeiter, beson. Meister für Eisengießerei in dauernde Stellung für sofort gesucht. Möglichst unverheiratet. Offerten mit Angabe der Lohnansprüche und Zeugnis-Abschriften erbeten an Nieder-schleisches Eisenwerk, G. m. b. H., Zauban i. Schlef.

Tüchtige Modell-Schlosser u. Modell-Schlosser zum sofortigen Einbringen unter Einwirkung von Zeugnis-Abschriften. Lohnansprüche an G. Hoffmann, Eisengießerei und Maschinenfabrik, Bregenz.

Registrierlassen-Mechaniker, nur tüchtige Kraft, speziell für National- und Unterlassen sofort gegen gute Bezahlung gesucht. Offerten an J. Geenen, Saarbrücken 3, Königin-Luisenstraße 23.

Schleifer, tüchtige, auf Fahrradteile eingearbeitet, bei hohem Lohn und dauernder Arbeit gesucht. Werkstätten für Metallbearbeitung G. m. b. H., Oldenburg i. G.

1 Schleifer, Feilenhauer, 1 Maschinenhauer, System Klein 8, in gesucht. Nur tüchtige wollen sich melden. Schuler & Reichmeier, Feilenfabrik und Schleiferi, Oberweis (Saunau).

Schablonen-Formner für große Ventila-toren, und tüchtige Kernmacher für sofort oder später gesucht. Maschinenfabrik und Eisengießerei Geiler G. m. b. H., Zeuzingen, Amt Emmendingen in Baden.

1 tüchtiger Werkzeug-Schlosser und Dreher für dauernde Beschäftigung zum sofortigen Eintritt gesucht. R. Reif, G. m. b. H., Liebenwerda, Prov. Sachl.

Werkzeug-Schlosser und Werkzeugdreher, perfekt, gesucht. Konstruktionswert Bingen, elektrotechn. Fabrik, G. m. b. H. Bingen a. Rh.

Druck und Verlag von Alexander Schlick & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rüststraße 16 B.